

Ist eine revolutionäre Klassenpolitik möglich?

„Wenn das Proletariat siegt, so ist es dadurch keineswegs zur absoluten Seite der Gesellschaft geworden, denn es siegt nur, indem es sich selbst und sein Gegenteil aufhebt. Alsdann ist ebensowohl das Proletariat wie sein bedingender Gegensatz, das Privateigentum, verschwunden.“ (Marx/Engels, Die heilige Familie, MEW 2, 37f.)

Im ak wird seit geraumer Zeit über die „Neue Klassenpolitik“ diskutiert. Hintergrund ist die Eribon-Debatte, aber auch jene über die Re-Nationalisierung von Klassenpolitik durch Wagenknecht & Co. Dem gegenüber werden im ak unterschiedliche Aspekte einer Klassenpolitik diskutiert, die sowohl die Entgegensetzung „Identitätspolitik vs. Hauptwiderspruch“ vermeidet, als auch die Fallstricke der Forderung nach einem neuen Linkspopulismus. Klar ist dabei nur, dass Kämpfe um Anerkennung nicht gegen Klassenkämpfe ausgespielt werden sollen, sondern vielmehr Gemeinsamkeiten und Überschneidungsflächen gesucht, so dass unterschiedliche sozialen Auseinandersetzungen zueinander finden und sich im Optimalfall sogar gegenseitig stärken können. So weit, so gut. Unklar ist aber, welcher Klassenbegriff hinter der Frage nach einer neuen Klassenpolitik steckt. Dies ist jedoch bedeutsam, um zu einer Bestimmung revolutionärer Subjektivität auf der Höhe der Zeit zu gelangen, und nicht die politischen Fehler der historischen Klassenlinken wiederholt. Dahinter steht allerdings noch eine weitreichendere Frage: Ist eine revolutionäre, d.h. den Kapitalismus überschreitende Klassenpolitik überhaupt (noch) möglich? Beiden Fragen soll im Folgenden nachgegangen werden.

Antagonistische Klassenbegriffe

Der Horizont der Klassenpolitik der traditionellen Arbeiter_innenbewegung – egal ob kommunistisch oder sozialdemokratisch – war: Absterben der Klassen (und des Staates), nachdem das Proletariat politisch die Macht übernommen hat. Der Horizont der radikalen (neuen) Linken hingegen lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die zeitliche Trennung von Machteroberung und Absterben der Klassen ist historisch widerlegt, das Ziel der Erringung der klassenlosen Gesellschaft ist selbst Teil der Organisationsweise der Arbeiter_innen. Der Klassenkampf ist kein Kampf zur Bestätigung bzw. Anerkennung der Arbeiter_innenklasse, sondern einer zur Abschaffung derselben im Prozess der Überwindung der Klassengesellschaft. Er ist ein Kampf gegen das Klassifiziert-Werden (John Holloway). Sein Gegenbegriff ist der operaistische der Klassenzusammensetzung. Durch ihn sollte die Verkürzung eines vereinheitlichenden Klassenbegriffs, wo sozial keine Einheit herrschte, vermieden werden. Vielmehr stellten sich die Operaist_innen die Frage nach den mannigfaltigen und widersprüchlichen Prozessen der Zusammensetzung der Klasse. Als treibendes Element in diesem Prozess wurde der Klassenkampf selbst angesehen, mit Marx verstanden als ein Kampf nicht für „einen gerechten Lohn für eine gerechtes Tagwerk“ sondern für die „Abschaffung des Lohnsystems“.

Diesen differierenden Klassenbegriffen liegt ein Unterschied ums Ganze zugrund: Aus der Entscheidung für oder gegen einen bestimmten Blick auf Klasse und Klassenkampf folgen nämlich durchaus verschiedene, mitunter antagonistische Sichtweisen auf Klassenpolitik. Meine Argumentation versteht sich dabei in der (post)operaistischen Tradition: Klassenpolitik ist Politik gegen das Zur-Klasse-gemacht-Werden, Politik gegen die (Lohn)Arbeit. Eine derartige Position grenzt sich dementsprechend gegen eine reformistische Umverteilungsperspektive, gegen neoleninistische Avantgardeparteiphantasien, aber auch gegen die kulturalistische Dämpfung der Klassenfrage im Rahmen einer Kritik des Klassismus ab. Zwei offene Fragen bleiben: Wie kann die Linke wieder mehrheitsfähig werden? Welche Subjektivitäten sind dabei zentral?

Kampf gegen die Arbeit

Zunächst möchte ich die zweite Frage etwas weiter gehender formulieren: Gibt es eine privilegierte Achse bei der Bestimmung revolutionärer Subjektivität – und ist diese Achse eine der Klasse? Gibt

es nach wie vor einen bestimmten Zusammenhang zwischen objektiver Klassenlage und einer privilegierten Position emanzipatorischer Politik oder befinden wir uns mittlerweile politisch voll und ganz auf dem „Terrain der Ideologie“ (Negri), auf dem eine „Klasse an sich“ nur noch als positivistisch-soziologisches Faktum konstatierbar ist, jedoch nichts mehr mit einer Perspektive der Transzendierung der Klassengesellschaft zu tun hat? Klassenpolitik wäre dann bestenfalls noch als Politik der Produktionsmacht vorstellbar, die als solche zwar gewisse Vorteile bei der Unterbrechung und Blockierung von Waren- und Dienstleistungsströmen genösse, aus der aber keine Potenzialitäten „über den Kapitalismus“ hinaus ableitbar wären. Ich denke, dass die postfordistische Transformation des globalen Kapitalismus und die damit einhergehenden Verschiebungen sowohl der transnationalen Arbeitsteilung als auch der Form, in der Proletariat hergestellt wird (Stichwort Prekarisierung) eine derartige Sichtweise nahelegen. Wenn wir nach wie vor aber von der Möglichkeit des Kommunismus ausgehen, bedeutet dies konsequenterweise auch, die politische Reichweite emanzipatorischer Klassenpolitik als relativ gering einzustufen.

Klassenpolitik kann und wird in Abwehrkämpfen und als Teilelement auch großer sozialer Auseinandersetzungen eine wichtige Rolle spielen, die Überschreitung des kapitalistischen Horizonts muss sich jedoch selbst aus der Neuzusammensetzung revolutionärer Subjekte speisen, die die Klassendeterminiertheit bereits im Prozess dieser Zusammensetzung hinter sich gelassen hat. Das nur scheinbare Paradox ist, dass ein nicht-klassenmäßig bestimmtes Kollektivsubjekt letztlich die Aufgabe bewältigen muss, die Reproduktion einer Klassengesellschaft ein für alle mal zu verhindern – und gleichzeitig neue, nicht-entfremdete Institutionen jenseits von Staat und Kapital aufzubauen.

Multitude? Multitude!

Im heutigen postfordistischen Kapitalismus sehen wir uns mit einer (zumindest seit 1968) unumkehrbaren Auflösung der ArbeiterInnenbewegung konfrontiert. War noch Marx, und mit ihm die meisten TheoretikerInnen der ArbeiterInnenbewegung im 20. Jahrhunderts noch von einer Vereinheitlichung der Klassenlandschaft ausgegangen, so ist geradezu das Gegenteil eingetreten. Durch die internationale Arbeitsteilung, sondern auch durch die Klassenkämpfe der letzten Jahrzehnte – und nicht zuletzt die Antworten des Kapitals darauf – wurden die Arbeitsverhältnisse in mannigfaltiger Form differenziert. Prekarisierung, Informalisierung sowie die Auflösung der großen industriellen Komplexe im globalen Norden haben die Einheitlichkeit der Klasse unwiderruflich aufgelöst. Die klassische ArbeiterInnenbewegung in diesen Ländern war nicht nur durch ihre relativ einheitlichen Arbeitsbedingungen, sondern auch durch die vielfältigen Formen der ArbeiterInnenkultur aneinandergebunden. Gewerkschaften, vor allem aber die Vorkampfbewegungen der ArbeiterInnenparteien schufen ein relativ klar abgegrenztes soziales Milieu. „Von der Wiege bis zur Bahre“ lautete ein bekannter Spruch der österreichischen Sozialdemokratie. Davon ist heute nichts mehr übrig. Jede Phantasie der klassischen Transformation der „Klasse an sich“ in eine „für sich“ findet in darin ihre Grenze.

Aus den gleichwohl existierenden Klassenkämpfen von unten lässt sich keine Form kollektiver Subjektivität mehr ableiten, erst recht nicht, wenn es um die Transzendierung des Kapitalverhältnisses geht. In dieser Potenzialität zum Überschreiten kapitalistischer Vergesellschaftung läge aber der Kern revolutionärer Klassenpolitik. Diese Potenzialität kann nur entstehen aufgrund relativ homogener materieller Bedingungen in Verbindung mit einer tief in der Gesellschaft verankerten kulturellen Vorstellung von Gemeinsamkeit. ArbeiterInnen müssen sich selbst in erster Linie als ArbeiterInnen verstehen. Dies ist jedoch heute weniger denn je gegeben. Es scheint paradox, waren doch noch nie mehr Menschen davon abhängig, ihre Arbeitskraft zu verkaufen. Diese historischen Grenzen von Klassenpolitik bedeuten jedoch nicht, das Ziel kommunistischer Politik, die klassenlose Gesellschaft, aufzugeben. Ganz im Gegenteil ist heute eine wirksame Politik gegen das „Zur-Klasse-Gemacht-Werden“, also letztlich gegen das private Eigentum an Produktionsmitteln wie – und vor allem! - gegen die Herrschaft des politischen

Kommandos über die lebendige Arbeit, notwendiger denn je. Es braucht dahingehend aber neue Bestimmungen von kollektiver Subjektivität.

Michael Hardt und Toni Negri haben an dieser Stelle den Begriff der Multitude ins Spiel gebracht. Er ist keine Erfindung der beiden postoperaistischen TheoretikerInnen, sondern geht auf die politische Philosophie der Neuzeit, unter anderem auf Spinoza, Hobbes, Rousseau und auch Hegel zurück. In deren Schriften bezeichnet Multitude (bei Hegel der „Pöbel“) die Menge all jener, die der Herrschaft unterworfen sind. Was in den klassischen Schriften als Mangel ausgemacht wurde, nämlich dass sich die Multitude nicht zum Volk vereinheitlichen lässt, artikuliert nach Hardt und Negri gerade ihre Stärke. Für heutige Auseinandersetzungen lässt sich mit dem Begriff Multitude eine Form der Kollektivität denken, die gerade nicht auf eine Vereinheitlichung ihrer internen Differenzen abzielt, sondern vielmehr deren Anerkennung. Erst durch diese Anerkennung lässt sich politische Gemeinsamkeit und in Folge eine gemeinsame Strategie entwickeln.

Klassenlose Gesellschaft

Eine Politik der Multitude überschreitet zunächst den Scheinantagonismus zwischen Interessen- und Identitätspolitik. Obgleich sie – wie jede Politik – ihren Ausgangspunkt darin nimmt, ist ihr Einsatz gerade die gemeinsame Suche nach Positionen und Formen des Überschreitens bestehender Kräfteverhältnisse. Eine kommunistische Politik der Multitude beerbt insofern linksradikale Ansätze klassenpolitischer Umwälzungsstrategien – die „Selbstaufhebung des Proletariats“ kritisch, ohne gleichzeitig die identitätspolitischen Antriebskräfte unterdrückter Subjekte zu Nebenwidersprüchen abzuqualifizieren.

In der unaufhebbaren Verbundenheit von (ökonomischer) Ausbeutung und („kultureller“) Unterdrückung findet eine Politik der Multitude die Kraft ihrer Radikalität. Sie richtet sich dementsprechend ausnahmslos an ALLE Menschen, die willens sind, „alle Verhältnisse umzuwerfen, in denen der Mensch ein erniedrigtes, ein geknechtetes, ein verlassenes, ein verächtliches Wesen ist“ (Marx). In diesem umwälzenden Prozess kann Klassenpolitik – verstanden als Kampf gegen Klassifizierungen – als negierender, die kapitalistische Gesellschaft auflösender, „destituierender“ Aspekt eine wichtige Rolle spielen. In den in revolutionärer Perspektive „konstituierenden“ Aspekt eines kommenden kommunistischen Gemeinwesens hingegen schreibt sich bereits *konstitutiv* jene Klassenlosigkeit ein, welche selbst hervorgebracht werden soll. Eine kommunistische Politik ist immer auch konkrete Utopie, Vorgriff auf eine befreite Gesellschaft, Aufgreifen all jener Tendenzen im Kapitalismus, die über diesen selbst hinausweisen. Sie hebt also letztlich sowohl die Anerkennungspolitik marginalisierter Gruppen, als auch die neopopulistischen Umverteilungsperspektiven einer notwendig reformistischen alten oder neuen Klassenpolitik auf.

Martin Birkner ist Theoretiker und Redakteur des mosaik-blog.at